

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 22./Dezember 1954

Blatt 2412

Wiener Stadthalle nach 100 Arbeitstagen

=====

22. Dezember (RK) Der schöne Herbst und die andauernd milde Witterung des heurigen Winters haben auch auf der Großbaustelle der Wiener Stadthalle die Einhaltung der Bauterminne begünstigt. Am gestrigen Tag, dem hundersten seit Beginn der Bauarbeiten auf dem Vogelweidplatz, waren die Arbeiten an allen Bauteilen in vollem Gange. Beim größten Objekt, der Haupthalle, wird schon an der Fertigstellung der Fundamente gearbeitet. Über dem Mittelteil des Eingangsgeschosses erhebt sich bereits die Decke und auch die mächtigen Säulengruppen in den vier Ecken der Halle stehen schon. Die Arbeiten an den Kelleraußenwänden und den Heizkanälen unter der Haupthalle sind gleichfalls weit fortgeschritten.

Die Gymnastikhalle steht seit mehreren Wochen unter Dach und am Objekt der Ballspielhalle wird gegenwärtig die Erdgeschoßdecke betoniert. Auch die Kellerräume der Eishalle und des Restaurant- und Verwaltungsgebäudes wurden bereits in Angriff genommen und zum Teil schon fertiggestellt.

Der erste Bauteil auf dem Vogelweidplatz, der Wohnungen, Garagen und Werkstätten für den Betrieb der Stadthalle umfaßt, ist bis auf kleine Arbeiten beendet, gleichfalls die für den Red Star-Club von der Gemeinde Wien errichteten Ersatzbauten.

Trotz dem nahenden Jahresende sind auf der Baustelle immer noch 250 Arbeitskräfte beschäftigt. Das Stadtbauamt hat Vorsorge getroffen, daß auf dem Vogelweidplatz, so weit es geht, auch im Winter weiter gebaut werden kann.

- - -

80. Geburtstag von Rosa Albach-Retty
=====

22. Dezember (RK) Am 26. Dezember vollendet Kammerschauspielerin Prof. Rosa Albach-Retty das 80. Lebensjahr.

Als Sproß einer Schauspielerfamilie in Hannau geboren, wurde sie schon im Elternhaus künstlerisch ausgebildet und debütierte mit 17 Jahren am Deutschen Theater in Berlin, von wo sie ans Lesingtheater übersiedelte. Im Dezember 1894 wurde sie ans Deutsche Volkstheater in Wien engagiert und setzte sich rasch durch. 1903 erfolgte ihre Berufung ans Burtheater, dem sie seither angehört und dessen Ehrenmitglied sie ist. Frau Albach-Retty bot in zahlreichen Stücken Glanzleistungen der darstellenden Kunst, die auch ihre außerordentliche Vielseitigkeit bekunden. Ihre besondere Stärke liegt in der Komik und ihre Interpretation der Rollen dieses Faches umfaßt die ganze Stufenskala von der subtilsten bis zur drastisch-komischen Ausdrucksgestaltung. Auch der Film gab ihr oft Gelegenheit zu einer erfolgreichen künstlerischen Betätigung.

Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl haben der Jubilarin herzliche Glückwünsche entboten.

- - -

Beim Aufspringen tödlich verunglückt
=====

22. Dezember (RK) Gestern abend versuchte der 50jährige Maschinenhändler Gottfried Mrazek auf dem Stubenring auf die hintere Triebwagenplattform eines Bk-Wagens aufzuspringen. Dabei stürzte er, kam unter die vordere Plattform des Beiwagens und erlitt so schwere Verletzungen, daß er noch auf dem Transport ins Krankenhaus verschied. Der Unfall verursachte eine Verkehrsstörung von 18 Minuten.

- - -

Feiertagswünsche für den Bürgermeister

=====

22. Dezember (RK) Heute früh besuchte eine Abordnung von Lehrern und Jugendlichen Bürgermeister Jonas im Rathaus. Sie überbrachten ihm die Weihnachtswünsche der Buben und der Mädels aus den Werkstätten der Aktion "Jugend am Werk". Als Weihnachtsgeschenk übergaben sie ihm eine reizende Gruppe "Schneewittchen und die sieben Zwerge", ein kleines Meisterwerk aus ihrer keramischen Werkstätte. Anschließend besuchten sie Vizebürgermeister Honay, um ihm ebenfalls die Wünsche der Jugendlichen zu überbringen.

Die nächsten Gratulanten im Wiener Rathaus waren Lehrer und Schüler der Wiener Berufsschulen. Landeschulinspektor Ing. Hermann übermittelte die Feiertagsgrüße des Lehrkörpers. Ein Lehrling und ein Lehrlin überreichten dem Bürgermeister im Namen der 40.000 Wiener Berufsschüler kleinere Gegenstände, durchwegs schöne Beispiele der Handfertigkeit unseres gewerblichen Nachwuchses. Bürgermeister Jonas revanchierte sich mit Büchern.

- - -

Wiener Landtag

=====

22. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag neuerlich zusammen. Auf der Tagesordnung standen eine Gesetzesvorlage, womit Bestimmungen über die Bezugsvorschüsse im Sinne des Beamten-Überleitungsgesetzes erlassen werden und ein Beharrungsbeschluß über das Naturschutzgesetz.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung referierte Stadtrat Dr. Migsch (SPÖ). Bisher waren die Bestimmungen über die Zahlungen von Bezügen an Bedienstete, die nicht verwendet werden, weiter in Geltung geblieben. Bei vielen Bediensteten, die sich nach dem 27. April 1945 zum Dienst gemeldet hatten, zog sich die Entscheidung darüber, ob sie in den Personalstand übernommen oder ausgeschieden werden sollen, hinaus. Da Nachzahlungen für solche Personen, die seit Jahren andere Berufe ausüben, nicht gerechtfertigt sind, hat der Nationalrat im Juni 1954 ein Gesetz beschlossen, wonach solchen Personen aus einem derartigen Dienstverhältnis zum Bund Bezugsvorschüsse nicht zustehen. Da die Stadt Wien bisher die Bezugsvorschüsse für nicht verwendete Bedienstete nach den für die Bundesbediensteten geltenden Normen festgesetzt hat, will sie auch hinsichtlich der Bestimmungen über die Bezugsvorschüsse im Sinne des Beamten-Überleitungsgesetzes mit dem Bund übereinstimmen. Das soll durch Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes geschehen.

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung referiert Stadtrat Mandl (SPÖ). Der Wiener Landtag hat am 18. Juni 1954 einstimmig das Gesetz über den Schutz und die Pflege der Natur, das Naturschutzgesetz, beschlossen. Es wurde jedoch innerhalb der gesetzlichen achtwöchigen Frist durch die Bundesregierung gegen den Gesetzesbeschluß wegen Gefährdung der Bundesinteressen Einspruch erhoben. Der Einspruch richtet sich zum Beispiel dagegen, daß die Gemeinde Wien durch das Naturschutzgesetz die Möglichkeit der Entzweiung von Naturschutzgebieten hat.

Der Bund verlangt Bestimmungen, wonach bundeseigene Liegenschaften von dieser Enteignung ausgenommen werden. Dazu stellt Stadtrat Mandl fest, daß es in Wien überhaupt keine Naturschutzgebiete gibt, die dem Bund gehören. Das Bestreben des Bundes gehe anscheinend dahin, den Naturschutz bei Bundesgrundflächen und Bundesvorhaben überhaupt auszuschließen, also gerade jenen Zustand zu sanktionieren, der durch das neue Naturschutzgesetz beseitigt werden soll.

Ein weiterer Einwand beschäftigt sich mit dem Verbot des Aussetzens land- und standortfremder Pflanzen oder Tiere ohne Bewilligung des Magistrates, da darin eine Beeinträchtigung der Verfügungsmacht der Forstwirtschaft gesehen wird. Stadtrat Mandl ist jedoch der Meinung, daß mit Rücksicht auf die drohende mögliche Veränderung der heimischen Pflanzen- und Tierwelt diese Beschränkung unbedingt notwendig ist. Auch andere Bundesländer, wie zum Beispiel Tirol, haben gleiche Bestimmungen. Ein weiterer Einspruch richtet sich dagegen, daß bei Verfahren, in denen Naturschutzfragen berührt werden, der Magistrat hiervon zu verständigen und heranzuziehen ist. Diese Bestimmung soll jedoch eine entsprechende und wünschenswerte Koordinierung der einschlägigen behördlichen Tätigkeiten mit jenen der Naturschutzbehörde ermöglichen. So soll zum Beispiel auch bei größeren Bauvorhaben, wie dem Bau der Autobahn, auch vom Standpunkt des Naturschutzes entschieden werden.

Stadtrat Mandl stellt abschließend den Antrag, den Gesetzesbeschluß des Wiener Landtages vom 18. Juni 1954 über den Schutz und die Pflege der Natur zu wiederholen und anzunehmen.

Beide Vorlagen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Präsident Marek stellt fest, daß mit der neuerlichen Beschlußfassung des Naturschutzgesetzes nun endgültig die Veränderung des Landschaftsbildes innerhalb der Grenzen unserer Stadt verhindert werden wird. Die dauernde Existenz unseres Wiener Waldes, eine Herzensangelegenheit der Wiener, aber auch eine Verpflichtung aller Wiener, und die Möglichkeit seiner pfleglichen Erhaltung sind durch dieses Gesetz gesichert.

Wiener Gemeinderat
=====

Die Bilanzen 1953 der Städtischen Unternehmungen

Bürgermeister Jonas eröffnet die Sitzung des Gemeinderates um 9.30 Uhr. An Stelle des GR. Sailer (SPÖ), der seine Funktion im Ausschuß zurückgelegt hat, wird GR. Glinz (SPÖ) in den Ausschuß für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform gewählt.

31 Anträge des Stadtsenates werden ohne Wortmeldung und Debatte genehmigt. Hierauf werden die Bilanzen 1953 der Städtischen Unternehmungen behandelt. Berichterstatter ist Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP). Er teilt mit, daß die Städtischen Unternehmungen im Jahre 1953 in ihren Rechnungsabschlüssen einen Abgang von 25,7 Millionen gegenüber einem angenommenen Abgang von 20,4 Millionen aufwiesen, somit um etwa 5 Millionen Schilling ungünstiger gebarten als veranschlagt. Die einzelnen Unternehmungen schlossen ihre Erfolgsrechnung wie folgt ab:

	Gewinn oder Verlust
E-Werke	- 6,1 Millionen Schilling
Gaswerke	- 39,7 " "
Verkehrsbetriebe	+ 22,8 " "
Städtische Bestattung	- 3,0 " "
Wiener Stadtwerke (Summe):	- 26,0 Millionen Schilling
Brauhaus der Stadt Wien	+ 0,1 " "
Gowista	+ 0,2 " "
Gesamtabgang:	- 25,7 Millionen Schilling

Diese Jahresergebnisse der Teilunternehmungen sind nach Beitragsleistungen der E-Werke von 92 Millionen, der Gaswerke von 74,3 Millionen und der Bestattung von 5 Millionen Schilling, insgesamt also von 171,3 Millionen Schilling an die Verkehrsbetriebe zustande gekommen.

./.

Bei den E-Werken war 1953 eine weitere Steigerung des Gesamtenergiebetrages um 4.3 Prozent auf 1.084,4 Millionen Kilowattstunden zu verzeichnen. Die verkauften Strommengen erhöhten sich auf 876,2 Millionen Kilowattstunden. Der Gasverkauf war mit 321,6 Millionen Kubikmeter um 1 Prozent höher als im Jahre 1952. Straßenbahn, Stadtbahn, Autobus und Obus beförderten insgesamt 541,455.931 Fahrgäste, um 1.35 Prozent mehr als 1952. Die Prognosen für das Jahr 1953 wurden zur Gänze übertroffen, wobei insbesondere zu erwähnen ist, daß an Stelle eines angenommenen verringerten Gasabsatzes ein erhöhter Absatz eingetreten ist.

Die Gesamteinnahmen der Wiener Stadtwerke betragen 2.080,7 Millionen, denen Gesamtausgaben von 2.106,8 Millionen Schilling gegenüberstanden.

Die Anlagenzugänge betragen 1953 bei den Stadtwerken etwa 320 Millionen Schilling, wovon auf die E-Werke 147 Millionen, auf die Gaswerke 74 Millionen, auf die Verkehrsbetriebe 97 Millionen und auf die Bestattung 2 Millionen entfallen. Gegenüber dem Präliminare hoben die E-Werke um 3,4 Millionen, die Gaswerke um 1,5 Millionen und die Verkehrsbetriebe um 31 Millionen weniger investiert.

Das ungünstigere Bilanzergebnis der E-Werke ist hauptsächlich auf den um rund 38,5 Millionen höheren Beitrag an die Verkehrsbetriebe zurückzuführen. Auch das Bilanzergebnis der Gaswerke wurde durch die um 31,8 Millionen höhere Beitragsleistung an die Verkehrsbetriebe, weiter durch einen geringeren Koksverkauf zu niedrigeren Preisen und andererseits durch geringere Kohlenkosten maßgeblich beeinflusst. Das scheinbar günstigere Jahresergebnis der Verkehrsbetriebe ist vor allem eine Folge der von 96 Millionen auf 171 Millionen gestiegenen Beitragsleistung der anderen Unternehmungen. Bei der Bestattung hätte sich bei Nichtberücksichtigung dieser Beitragsleistung ein Reingewinn von fast 2 Millionen Schilling ergeben. Der Bierausstoß des Brauhauses erhöhte sich um 4.2 Prozent.

Abschließend stellt der Referent fest, daß der Optimismus, der in das Jahr 1953 gesetzt worden ist, im großen und ganzen bestätigt und erhärtet wurde. Diese Feststellung darf uns, wie der Stadtrat betont, mit Zufriedenheit erfüllen, besonders auch des-

halb, weil sie der Auftakt für eine weitere noch günstigere Entwicklung im Jahre 1954 und, wie zu hoffen ist, auch im Jahre 1955 gewesen ist.

Berichterstatter beantragt, die Rechnungsabschlüsse der Städtischen Unternehmungen zur Kenntnis zu nehmen. Debatte und Abstimmung werden mit dem Voranschlag 1955 in einem erfolgen.

- - -

"Das gute Bild für jeden" am Heiligen Abend
=====

22. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien veranstaltete Ausstellung "Das gute Bild für jeden" in den Räumen der Secession ist am 24. Dezember nur von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Zu den Weihnachtsfeiertagen sowie an den Wochentagen ist die Ausstellung, in der bereits 351 Arbeiten zu einem Gesamtbetrag von 79.723 Schilling verkauft wurden, bis 30. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

- - -

Pferdemarkt vom 21. Dezember
=====

22. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 201 Pferde, davon 11 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 186, als Nutztiere 3 verkauft. Unverkauft blieben 12 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 3, Niederösterreich 107, Steiermark 10, Oberösterreich 48, Burgenland 23, Kärnten 7, Salzburg 3.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen

=====

Geschäftsgruppe XII: Städtische Unternehmungen

Hierauf referiert Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1955. Die Wiener Städtischen Unternehmungen legen ihren Voranschlag für das Jahr 1955 unter zwei großen Aspekten vor: einmal befindet sich Österreich nach wie vor in einer Hochkonjunktur mit einer Stärkung der Massenkaufkraft, zum anderen befinden wir uns am Anfang einer fünfjährigen Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates, die, wie wir alle hoffen, neue gemeinsame, große Erfolge einer konstruktiven Zusammenarbeit im Wiener Rathaus bringen wird.

Seit zwei Jahren werden in Österreich große Projekte, an die wir uns in früheren Jahrzehnten nicht einmal herantrauten, nicht nur geplant, sondern auch realisiert. Ihre Realisierung ist nur möglich, wenn die zur Verfügung stehenden Gelder sparsamst und korrekt verwendet werden. Zu diesen sparsamen und korrekten Wirtschaften muß noch ein von Dynamik erfüllter Wille hinzutreten, der unter Umständen auch bereit ist, gewisse Risiken in Kauf zu nehmen. Das aber ist bisher ein hervorstechendes Zeichen für die Wirksamkeit unseres Finanzministers Dr. Kamitz gewesen.

Aus der Budgetrede des Stadtrates Resch sei zu entnehmen, daß keine der mit uns in Verbindung stehenden ausländischen Banken bereit ist, uns Kredite zu geben, solange wir besetzt sind. Darum müßte zunächst der inländische Kapitalmarkt herangezogen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Konditionen bei österreichischen Bankinstituten noch wesentlich höher sind, als auf ausländischen Finanzmärkten. Denn Wien ist heutzutage bereits vor Probleme gestellt, die dringlich gelöst werden müssen, weil sonst nur schwer wiedergutzumachende und nur mit hohen Kosten reparable Fehler resultieren können.

Da große Aufgaben nach ihrer Dringlichkeit und finanziellen Durchführbarkeit geordnet werden müssen, ergeben sich vor allem für die Wiener Verkehrsbetriebe und für die Elektrizitätswerke höchst aktuelle Schlußfolgerungen. Es handelt sich in erster Linie um die Verkehrsnot der Städte und die Deckung des immer größer werdenden Energiebedarfes. ./.

Zur Lösung des Verkehrsproblems forderte zum Beispiel der zuständige Münchner Stadtrat eine Unterpflaster-Straßenbahn und die Bereitstellung einer zweiten Verkehrsebene für den Massenverkehr. Da die Verkehrsnot auch in Wien bereits drastische Formen angenommen hat, begrüße ich die Absicht, enestens eine Verkehrsenquete einzuberufen, wobei durch in- und ausländische Fachexperten eine Generallinie festgelegt werden soll. Allerdings dürfte ein so zustande gekommener Generalverkehrsplan nicht irgendwo abgelegt werden, sondern er müßte von vornherein aus Budgetmitteln und Krediten Deckung finden. Aus den Ausführungen des Bürgermeisters schöpfe ich die Hoffnung, daß die Forderung nach einem rascheren und sichereren Großstadtverkehr nach den Wohnungssorgen an zweiter Stelle rangiert.

Vieles ist in den vergangenen Jahren zur Erneuerung und Modernisierung des Fahrparkes der Wiener Verkehrsbetriebe geschehen, mehr noch hätte geschehen können, wenn die österreichischen Waggonfabriken ihren Lieferversprechungen besser nachgekommen wären. So ist bei der Straßenbahn eine Verminderung um 2.261 Plätze entstanden. In Hinkunft müssen anstelle von modernisierten alten Wagen in größerem Umfange neue, moderne Fahrbetriebsmittel in den Verkehr gestellt werden, was nur die großräumigen Typen sein können. Diese Forderung erhält aber durch das vorliegende Budget eine arge Beeinträchtigung, da mit 85 Millionen Schilling um 11 Millionen weniger hierfür eingesetzt sind als für 1954. Für die in den nächsten 10 Jahren außer Verkehr zu stellenden 1.653 Wagen der Straßenbahn würden, unter Berücksichtigung der erhöhten Reisegeschwindigkeit, 1.000 Großraumwagen genügen. Hierfür wären in den folgenden 10 Jahren 1.200 Millionen Schilling notwendig. Daher muß auch dafür ein langfristiger Finanzplan aufgestellt werden. Im Jahre 1955 erscheint die Kapazität der Waggonfabriken noch nicht ausgeschöpft, nun aber fehlt es in einem gewissen Umfange wieder an den erforderlichen Mitteln.

Das zweite große Problem besteht in einer möglichst reibungslosen Versorgung der Bevölkerung mit elektrischer Energie. Wir rechnen bei den Elektrizitätswerken im Jahre 1955 mit einem Stromverkauf von 1,062 Millionen kWh gegenüber einem Ansatz pro 1954 von 872 Millionen kWh. Gegenüber dem Jahre 1953, in welchem tat-

sächlich 876 Millionen kWh verkauft worden sind, ergibt sich eine Steigerung um nicht weniger als 21 Prozent. Der Mehrverbrauch wird etwa zu einem Drittel von den Haushaltabnehmern und zu zwei Dritteln von Industrie und Gewerbe konsumiert. Die Bedarfsanmeldungen sind nach wie vor im Steigen, und es wird auf einer erhöhten Basis mit einem jährlichen Erfahrungs-Plus von 7 Prozent zu rechnen sein. Diese 7 Prozent von rund 1 Milliarde verkauften Stromes bedeuten schon wieder eine zusätzliche Vorsorge für mindestens 70 Millionen kWh je Jahr. Am Ende des siebenten Jahres ergibt sich dann ein um 900 Millionen kWh größerer Energiebedarf.

Es ergeben sich zwei Kardinalforderungen: Die eine bezieht sich darauf, auf der Produktionsseite ab 1956 nach einem mit der Verbundgesellschaft abzusprechenden Plan neue Investitionen auf der kalorischen Basis vorzusehen, und die andere müßte schon für das Jahr 1955 eine Vergrößerung des Investitionsvolumens auf dem Gebiete der Leitungsnetze zum Gegenstand haben. Eine Entscheidung wird schon in nächster Zeit aktuell werden, wobei natürlich die Verbundgesellschaft an der Finanzierung dieser Erweiterungen dieses kalorischen Kraftwerkes in Simmering ihren gesetzlichen Anteil zu tragen haben wird.

Was die Gasversorgung anlangt, stehen die Wiener Gaswerke auf dem Standpunkt, daß die vorhandene Kapazität durch einen Anschluß zusätzlicher Hoffnungsgebiete, vor allem in Niederösterreich, möglichst ausgeschöpft werden soll. Denn in der Gasversorgung haben wir noch eine auszuschöpfende freie Kapazität.

Im Rahmen der begünstigten Elektro- und Gasgeräteaktion wurden in den ersten 11 Monaten des Jahres 1954 33.063 Geräte und Installationen im Gesamtwert von rund 91 Millionen Schilling bestellt (im ganzen Jahr 1953 waren es 15.811 Geräte), darunter 16.436 Herde, rund 2.700 Durchlauferhitzer, rund 3.000 Kühlschränke, 767 elektrische Waschmaschinen und 2.827 Badezimmer. Die Zahl der Installationsaufträge betrug 5.604. Im Vorjahr erbrachte die normale Gasgeräteaktion einen Umsatz von 40,9 Millionen Schilling. Gegenüber dem Vorjahr sind somit sowohl die Anzahl der Geräte wie auch die Beträge um mehr als das Doppelte gestiegen.

Im folgenden beschäftigt sich der Referent mit den Erfolgsplänen der Städtischen Unternehmungen. Die E-Werke rechnen mit einer Erhöhung des Stromverkaufes auf 1.062 Millionen Kilowattstunden. Die Gaswerke nehmen den Verkauf mit 400,800.000 Kubikmeter an, das entspricht einer Erhöhung um 26.7 Prozent. Die Verkehrsbetriebe rechnen mit einer Beförderungsleistung von 548,200.000, eine Steigerung von 2 Prozent. Die Städtische Bestattung nimmt die Bestattungsfälle mit 23.500 an. Das Brauhaus rechnet mit einer Erhöhung seines Bierverkaufes auf 145.000 Hektoliter. Die Gewista rechnet mit Einnahmen von 11,231.000 Schilling.

In den Erfolgsplänen des E-Werkes und des Gaswerkes sind als Subvention für die Verkehrsbetriebe zusammen 198,5 Millionen Schilling berücksichtigt, dazu kommen 3,5 Millionen von der Städtischen Bestattung. Trotzdem können die Verkehrsbetriebe für 1955 nur 133 Millionen für Investitionen ausgeben, um 15 Millionen weniger.

Gesamterträgen von 2.336,345.400 Schilling aller sechs Unternehmungen stehen Aufwendungen von 2.337,289.000 Schilling gegenüber. Die Erträge sind gegenüber 1954 um 12,6 Prozent, die Aufwendungen um 12,2 Prozent gestiegen. Der Referent wies besonders darauf hin, daß diese Erträge nicht weniger als 76,6 Prozent der Einnahmen des gesamten ordentlichen Budgets der Hoheitsverwaltung erreichen, die Aufwendungen 71,6 Prozent aller Ausgaben der Hoheitsverwaltung. Die Forderungen an die russische Besatzungsmacht stehen noch mit 25,5 Millionen Schilling zu Buch. Die Forderungen an die USIA-Betriebe belaufen sich auf 3,4 Millionen.

Der Personalstand aller Unternehmungen beträgt 20.913, darunter 275 Jugendliche. Der Stand der Pensionsparteien wird 1955 für die Stadtwerke 18.738 erreichen, um 395 Pensionisten mehr. Bei den Verkehrsbetrieben ist der Stand der Pensionisten mit 13.527 sogar größer als der Stand der Aktiven mit 13.274. Der gesamte Personalaufwand beträgt im Voranschlag 1955 947,576.800 Schilling.

Der gesamte Investitionsumfang aller Unternehmungen beläuft sich im Jahr 1955 auf 389,611.000 Schilling, um 1,6 Millionen weniger als im Voranschlag 1954. Die Investitionssumme der Stadtwerke erhöht sich jedoch um 1,8 Millionen auf 387,319.000 Schilling.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger erwähnte unter den Investitionen der E-Werke u.a. den Abschluß des Ausbaues des Umspannwerkes Nord, die Fertigstellung des Umspannwerkes Mödling und den Beginn eines neuen Umspannwerkes in der Kaunitzgasse sowie in der Neubadgasse.

Unter den Investitionen der Gaswerke sind hervorzuheben: Investitionen in den Werken Simmering und Leopoldau, für das Straßenbaunetz, für Rohrleitungen in Siedlungen und Randgebieten sowie die Anschaffung von 38.000 neuen Gasmessern.

Die Verkehrsbetriebe investieren für Verbesserung von Gleisanlagen und für die Erneuerung des Fahrparkes. Mit den vorhandenen Geldmitteln können 36 Großraumzüge angeschafft werden, 28 Großraum-Beiwagen sowie 29 auf Fließverkehr umgebaute Triebwagen. Für die Stadtbahn ist die Lieferung von 25 Trieb- und Beiwagen gedeckt und schließlich können noch 15 Autobusse angeschafft werden. Zusammen also 133 Einheiten. Bezüglich der Lieferung von Großraumwagen, sagte der Referent, bin ich restlos enttäuscht worden. Von 63 in Auftrag gegebenen Einheiten wurden erst zwei, nämlich der erste Großraumzug, geliefert. Bis Ende Dezember ist die Lieferung von 5 Großraum-Beiwagen in Aussicht gestellt worden. Hingegen wurden von den Umbau-Stadtbahnwagen 90 Stück der Serie von 97 Stück bereits geliefert. Der Rest folgt im Jänner. Desgleichen wurden 18 umgebaute Triebwagen, die in den letzten Wochen auf der Linie 62 eingesetzt worden sind, zur Gänze geliefert. Auch beim Autobusbetrieb wurden statt 15 insgesamt 22 Wagen geliefert. Mit Ausnahme der so notwendigen Großraumtypen wurde also das übrige Wagenbauprogramm erfüllt und in mancher Hinsicht überschritten. Mit Ende Oktober waren ferner 425 Wagen mit elektrischen Schienenbremsen und 129 Wagen mit einer sogenannten Vorerregung und 124 Wagen mit Neonbeleuchtung ausgerüstet.

Das Wagenbauprogramm 1955 wird nach den letzten Zusicherungen der Waggonfabriken noch vor dem Herbst nächsten Jahres erfüllt sein. Bei Einhaltung der Zusagen werde es möglich sein, die Linie 46 zur Gänze mit Großraumzügen zu betreiben und auch die Linie 0

auf großräumige Typen umzustellen. Die Verkehrsbetriebe werden somit in der Lage sein, nicht nur die Linie 8 und 118 sondern auch die Linien 62, 46 und 0, also fünf sehr frequentierte Linien mit modernen Wagen zu betreiben. Vielleicht wird es auch noch möglich sein, mit der Umstellung der Linie 49 auf Großraumverkehr zu beginnen.

Die arbeitsbeschaffende Tätigkeit der städtischen Unternehmungen erschöpft sich jedoch nicht bloß in den Aufträgen für Investitionen. Dazu kommt noch der sogenannte Sachaufwand, sodaß insgesamt 1.657,9 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Abschließend sagte der Referent, wenn man das Budget 1955 der städtischen Unternehmungen objektiv betrachtet, muß man zugeben, daß die Unternehmungen mit Erfolg bemüht waren, trotz der vergrößerten Anforderungen den Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen. Der Bericht hat aber auch gezeigt, daß die Unternehmungen ohne fremde Hilfeleistungen allein nicht durchkommen können. Stadtrat Dkfm. Nathschläger regte daher an, in nächster Zeit eine ausführliche Beratung aller energiewirtschaftlichen Fragen durchzuführen. Er ersuchte den Gemeinderat sowie die leitenden Funktionäre der Unternehmungen, ihm bei der zu bewältigenden Aufgabe zu unterstützen und dankte abschließend der gesamten Belegschaft der Städtischen Unternehmungen für die bisher so erfolgreiche Zusammenarbeit. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Konstituierung der Bezirksvertretungen in Döbling und Floridsdorf
=====

22. Dezember (RK) Heute vormittag nahm Stadtrat Afritsch in Vertretung des Bürgermeisters die Angelobung der Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher in Döbling und Floridsdorf vor. Im 19. Bezirk wurde wieder Karl Schwendrer (SPÖ) zum Bezirksvorsteher und Dr. Leopold Kletter (ÖVP) zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Auch in Floridsdorf wurden der bisherige Bezirksvorsteher Ernst Theumer (SPÖ) und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ing. Karl Marksteiner (ÖVP) wiedergewählt.

Somit wurde die Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen und die Wahl der Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter in allen 23 Bezirken Wiens abgeschlossen. Die SPÖ hat nach dem Wahlergebnis vom 17. Oktober in 16 Wiener Bezirken, die ÖVP in sieben Bezirken den Bezirksvorsteher gestellt.

- - -

Debatte über die Städtischen Unternehmungen

=====

Die Debatte wird unter einem über die Bilanzen 1953 und die Wirtschaftspläne 1955 abgehalten. Als erster Redner spricht GR. Maller (VO). Er bezeichnet die veranschlagten Abgänge als überhöht. So wurde die Summe für Abschreibungen und Wertberichtigungen von zirka 91 Millionen auf 224 Millionen erhöht. Es wurde hier von den Möglichkeiten der vielfältigsten Abschreibungen Gebrauch gemacht, um nur ja der Bevölkerung einreden zu können, daß die Stadtwerke keinerlei Forderungen erfüllen können. Dazu ist festzustellen, daß der normale Betriebsaufwand der Straßenbahn bereits im Jahre 1953 von den Fahrgästen bezahlt wurde. Die Ursachen des sogenannten Defizites seien darin zu suchen, daß die Stadt Wien den Verkehrsbetrieben seit ihrer Gründung noch nie aus eigenen Mitteln einen Wagenpark zur Verfügung gestellt hat. Die Anschaffung eines neuen Wagenparkes auf Kosten der Straßenbahnbenützer sei jedoch eine Unmöglichkeit. Ebenso wenig dürften die Erlöse aus Gas und Strom für diesen Zweck verwendet werden.

Eine dringende Forderung sei auch die Abschaffung der Einhebung von Grundgebühren bei Strom und Gas, die die kleinen und mittleren Haushalte finanziell schwer belasten. Der Redner stellt den Antrag, die kleinen und mittleren Haushalte von der Entrichtung dieser Grundgebühren zu befreien.

Als ungerechtfertigt bezeichnet der Redner die Leistung der Gebrauchsgebühren, die die Stadtwerke sehr belasten.

Die Steigerung im Gasabsatz führt der Redner auf die Eingliederung verschiedener außerhalb Wiens liegender Orte in das Wiener Gasnetz zurück. Auch die Bilanz der Gaswerke hat sich durch die Gebrauchsgebühren entscheidend verschoben. Der Redner stellt einen Antrag auf Herabsetzung der Gastarife.

Bedeutendes Augenmerk müsse auch der Stromversorgung zugewendet werden. Es wurde eine Gas- und E-Geräte-Aktion geschaffen, jedoch kurze Zeit später ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen, elektrische Heizgeräte nicht zu verwenden, weil die Stromversorgung dadurch gefährdet sei.

Trotz dem Ausbau der Wasserkraftwerke, wie zum Beispiel Ybbs-Persenbeug, sei dem Ausbau der kalorischen Werke größeres Augenmerk zuzuwenden. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für eine Dezentralisierung in der Energieversorgung ein. Wir verfügen wohl über ausreichende Energiemengen, die E-Werke seien aber nicht imstande, sie in ausreichendem Umfang an die Verbraucher zu verteilen. Auch die Kabel seien zu schwach. Es müßte daher ein bedeutender Ausbau des Stromnetzes erfolgen. Auch die Steigleitungen in den Häusern müßten dem gestiegenen Stromverbrauch angepaßt werden.

Notwendig wäre auch die Schaffung eines Umschaltplanes, damit die Bevölkerung weiß, zu welchem Zeitpunkt sie mit der Stromumschaltung zu rechnen hat. Auch ein Ausbauplan für das Wiener Kabelnetz der E-Werke müßte geschaffen werden. Unzureichend sei die Behebung von Störungen im Kabelnetz. Für ganz Wien stehen nur zwei Entstörungswagen zur Verfügung, deren Standort in der Oberen Donaustraße ist. Auch hier seien eine Dezentralisierung und eine Vermehrung notwendig.

Die Behauptung, daß der Strom in Wien besonders billig ist, müsse widerlegt werden. Es werden immer Vergleiche zu den Jahren 1934 bis 1938 gezogen. Dabei müsse aber berücksichtigt werden, daß damals der Strompreis ungeheuer überhöht war. Der Redner beantragt eine Senkung der Preise für Haushaltsstrom.

Bedeutendes Augenmerk müsse auch der Schaffung von Fernheizkraftwerken zugewendet werden. Zur Wärme- und Energiegewinnung könnte auch der Müll verwendet werden.

Zu den Verkehrsbetrieben erklärt der Redner: Die Wiener Straßenbahn ist veraltet. Das Fahren mit der Straßenbahn wird immer mehr zur Qual. Zur Überwindung der Verkehrsmisere muß Wien neue Wege beschreiten. Der Redner der VO hat schon im Vorjahr die Elektrifizierung der Vorortelinie, der Verbindungslinie und der Ländebahn vorgeschlagen. Eine endgültige Lösung kann aber nur die Untergrundbahn sein. Inzwischen hat die Bundesbahn das Teilprojekt von Meidling nach Floridsdorf in Angriff genommen. Der zweite Stadtbahnring bleibt weiter eine dringende Notwendigkeit.

Die Verkehrsdichte auf der Malinowskij-Brücke zum Beispiel kann nicht mehr gesteigert werden. Wenn die Gemeindeverwaltung hier nicht bald etwas unternimmt, geht Wien einen Verkehrschaos entgegen.

In zwei Resolutionsanträgen fordert der Redner die Einführung einer verbilligten Lehrlings-Wochenkarte auf Straßenbahn und Stadtbahn sowie die Wiedereinführung des Kurzstreckentarifes, der eine wesentliche Erleichterung vor allen für die arbeitende Bevölkerung bringen würde.

Die Fraktion der Volksopposition könne den Wirtschaftsplänen der Städtischen Unternehmungen nicht die Zustimmung geben.

GR. Schwaiger (ÖVP) erinnert einleitend daran, daß die Städtischen Unternehmungen von Bürgermeister Lueger kommunalisiert und der Gemeinde Wien einverleibt wurden. Der GR. Mistingger hat nun gestern behauptet, daß unsere Väter Bürgermeister Lueger gehaßt hätten. Wir von der Volkspartei haben dem Kollegen Mistingger keinerlei Legitimation gegeben, im Auftrag oder im Namen "unserer Väter" zu sprechen, denn wir wissen, daß unsere Väter diesen großen Bürgermeister sehr geachtet und geschätzt haben (Beifall bei der ÖVP). Die Gemeinderätin Nödl hat im Verlauf der Budgetdebatte von der Kultur des Herzens gesprochen. Es war immer guter alter österreichischer Brauch, über die Toten nichts Schlechtes zu reden. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß dieser gute alte Brauch in diesem Hause durchbrochen wurde. Nach Aufhebung des Kurienwahlrechtes hat Lueger als der Führer der Christlichsozialen Partei bei den Wahlen in den Niederösterreichischen Landtag im Jahre 1908 in Wien 42 Mandate bekommen, die Sozialdemokratische Partei aber nur 5 Mandate.

Anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien hat der verstorbene Bundespräsident Dr. Renner im November 1948 in einer Rede vor dem Wiener Gemeinderat von den "alten berühmten Männern wie Lueger" gesprochen und damals gemeint, daß das politische Lied längst kein garstig Lied mehr sei. Die Wiener Bevölkerung ist stolz auf Dr. Lueger, weil er ein großer Volksmann und ein großer Bürgermeister dieser unserer Vaterstadt Wien war (Beifall bei der ÖVP).

Während der gestrigen Sitzung des Wiener Gemeinderates hat, wie der Redner weiter feststellt, ein Mitglied der sozialistischen Fraktion, der GR. Erber, in einem Zwischenruf unseren Kollegen Leinkauf "Schwein" genannt. ./.

Der Kollege Erber ist an Lebensjahren alt, an Tagen seiner Mitgliedschaft in diesem Hause aber noch sehr jung. Wir von der Volkspartei haben doch die Hoffnung, daß er noch lernen wird, wie man sich in diesem Hause benimmt. Unser GR. Leinkauf ist lange Jahre in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus gesessen und hat zum Beispiel anlässlich seines Geburtstages ein Glückwunschs schreiben, auf dem auch die sozialistischen Gemeinderätinnen Nödl und Potetz unterzeichnet sind, erhalten, in dem "dem guten Menschen" recht herzlich gratuliert wird.

Die sozialistische Gemeinderätin Jacobi hat als Generalsprecherin zum Budget ausgeführt, sie wundere sich, daß die Österreichische Volkspartei es wage, hier Worte der Kritik zu üben. Wir von der Volkspartei behalten uns im Rahmen der Koalition das klare und eindeutige Recht der ehrlichen, offenen, aufbauenden und schaffenden Kritik vor, denn wir beanspruchen hier genau dasselbe Recht wie die sozialistische Fraktion im Parlament. Wir scheuen uns auch nicht, bei dieser Gruppe offene und ehrliche Kritik zu üben, obwohl ein Stadtrat unserer Fraktion an der Spitze dieser Verwaltungsgruppe steht.

Das entscheidende Wort bei jeder der 12 Verwaltungsgruppen hat der Finanzreferent, der selbstverständlich die ruhige wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten muß. Doch können wir mit der Finanzpolitik, die gerade bei den Städtischen Unternehmungen gemacht wird, absolut nicht zufrieden sein. Denn es wäre ohne weiteres eine Senkung der Strom- und Gastarife möglich, wenn man von den Gas- und Elektrizitätswerken die Belastungen wegnehmen würde, die ihnen immer noch zu Unrecht aufgebürdet werden. So haben die Städtischen Unternehmungen seit 1946 rund 1.8 Milliarden für Investitionen ausgegeben. Davon entfallen 0.8 Milliarden auf die Behebung der Kriegsschäden, die als außertourliche Belastungen auch eine außertourliche Bedeckung hätten finden müssen. Es wurde auch nicht berücksichtigt, daß die Produktion bei beiden Werken um über 20 Prozent gestiegen ist. Gerade die Vertreter der Sozialistischen Partei stehen doch immer auf dem Standpunkt, daß an der Produktionssteigerung nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter und Angestellten teilhaben müssen.

Wenn nun die Produktion gesteigert und die Kosten gesenkt werden konnten, dann muß sich dies doch letzten Endes auch in Endpreis des Produktes, auch bei den Städtischen Unternehmungen, auswirken. (Beifall bei der ÖVP.) Weiters müssen die Gas- und E-Werke noch die Straßenbahnen subventionieren und schließlich müssen die Städtischen Unternehmungen für die Geräteaktion jährlich 50 Millionen Schilling zur Verfügung stellen.

Diese und noch andere Belastungen haben zwei schwerwiegende Folgen: Es werden dadurch dringendst notwendige Investitionen gedrosselt, und zweitens müssen durch diese unvernünftige Finanzpolitik die Tarife für Gas und Strom so hoch gehalten werden, daß der Grundsatz nur kostendeckender Preise nur mehr ein Propagandaschlager ist, der der Wirklichkeit nicht entspricht. Und diese Haltung des Finanzreferenten der Stadt Wien können wir auf keinem Fall zustimmen.

Die Ursache all dieser Schwierigkeiten sind die Verkehrsbetriebe, deren Defizit in die Millionen geht. Schuld daran ist nicht der Amtsführende Stadtrat, nicht die Arbeiter und Angestellten dieser Verkehrsbetriebe, die seit 1945 fast Übermenschliches geleistet haben, schuld daran ist einzig und allein die falsche Finanzpolitik, die den Unternehmungen vorgeschrieben wird. Die Versäumnisse auf dem Investitionssektor der Verkehrsbetriebe wirken sich geradezu verheerend aus. Dadurch sind die Einrichtungen veraltet und es entsteht ein Defizit. Die zweite Folge ist dann die Verkehrsmisere.

Der Gemeinderat wird sich mit zwei großen Problemen zu befassen haben: mit der Lösung des Verkehrsproblems und mit der Lösung des Wohnungsproblems, wobei ich das Verkehrsproblem bewußt an die Spitze stelle, weil ja die Lösung des Wohnungsproblems immer mehr auf den Sektor des genossenschaftlichen Bauens und des Bauens im Wohnungseigentum verlagert wird. Verlassen wir uns hier nicht zusehr auf den Bund. Mit der Schnellbahn wird das Verkehrsproblem bei weitem nicht gelöst. Die Gemeinde muß den arbeitenden Menschen mit menschenwürdigen modernen Verkehrsmitteln möglichst rasch von und zur Arbeitsstätte befördern (Beifall bei der ÖVP).

Es muß daher die Untergrundbahn gebaut werden, ob sie sich, meine Herren von der Sozialistischen Partei, dagegen stellen oder nicht. Abschließend dankt Redner allen in dieser Verwaltungsgruppe Beschäftigten und gibt namens seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Adelpoller (SPÖ) entgegnet Stadtrat Dkfm. Nathschläger, der auf die Umsicht des Finanzministers verwies, daß die Sozialisten es waren, die das 10 Milliarden-Investitionsprogramm durchgesetzt haben. (Beifall bei der SPÖ.) Wir wollen, wenn alle Argumente geprüft sind, vielleicht auch an den Bau einer Untergrundbahn schreiten. (Ruf bei der ÖVP: Vielleicht!) Wir wissen ja nicht, was die Technik uns in nächster Zeit bringen wird!

Die Volkspartei hat es leicht gehabt, im Wahlkampf von Tarifenkungen zu sprechen, sie hat ja genau gewußt, daß sie nie in die Lage versetzt wird, diese Versprechungen zu verwirklichen. (Zustimmung bei der SPÖ.) Denn es wird niemanden möglich sein, die Tarife zu senken und gleichzeitig Investitionen vorzunehmen. Unserem Finanzreferenten geht es nicht so gut wie dem Finanzminister, daß er einfach, wenn er kein Geld hat, Noten drucken lassen kann.

Es ist richtig, daß uns das Ausland, solange wir die Besetzung haben, kein Geld gibt. Aber Darlehen im Inland sind kein billiges Unternehmen. Denn die Darlehen muß die gegenwärtige Generation zahlen und die künftigen Generationen werden an den Zinsen zahlen. Es wird sich am Geldvolumen in Wirklichkeit gar nichts ändern.

Zu der Forderung des GR. Maller nach Planung erklärt der Redner: Bei uns wird nach seiner Meinung nicht geplant, aber bei uns bekommt die Bevölkerung nicht nur Gas- und Elektrogeräte auf Kredit ohne Zinsen, sondern sie kann bei uns auch genügend Gas und elektrischen Strom verbrauchen, während in den Ländern, in denen geplant wird, weder Gas noch Elektrizität noch Geräte in genügenden Ausmaß vorhanden sind. (Zustimmung bei der SPÖ.) GR. Maller hat auch gemeint, daß für die Auswechslung von Schienen und Aufbauten weniger im Budget eingesetzt ist. Das ist aber natürlich, weil wir ja schon vieles gemacht haben und wir nicht alle Jahre 25 Stationen aufbauen können, wenn es nicht ^{mehr} so viele zum aufbauen gibt.

Ich glaube, daß unser Budget so erstellt ist, daß es nicht auf Ablehnung stößt, sondern Bewunderung auslöst. Das haben die vergangenen Wahlen bewiesen. Hätten wir schlecht gewirtschaftet, dann säßen wir nicht mit sieben Gemeinderäten mehr und Sie mit einem Gemeinderat weniger im Gemeinderat (Beifall bei den Sozialisten). Wir werden auch das Kabelnetz ausbauen, dazu bedarf es nicht Ihrer Aufforderung.

Dem GR. Schwaiger entgegnet der Redner: Die Stadtwerke haben keine Rechtspersönlichkeit und sind ein Teil dieser Gemeinde. Alles, was in dieser Gemeinde erwirtschaftet wird, wird wieder zugunsten dieser Bürger ausgegeben, und wir Sozialisten sind dazu da, zu überwachen, daß die Gewinne im sozialistischen Sinne ausgegeben werden. Und wir betrachten es als unsere Aufgabe, die große Masse der arbeitenden Bevölkerung in Form niedriger Fahrpreise zu subventionieren. Es ist also falsch, wenn es so dargestellt wird, als würden diese Gewinne in die Taschen des Finanzreferenten fließen. Richtig ist, daß diese Gewinne, wenn es solche gibt, zugunsten der arbeitenden Bevölkerung verwendet werden (Beifall bei den Sozialisten).

Es ist jedenfalls für uns sehr interessant, daß auch die ÖVP ihren Stadtrat so kritisiert. Was er dazu sagt, meinte der Redner, weiß ich natürlich nicht. (GR. Marek (SPÖ): Er wird immer schlecht behandelt!)

Abschließend sagt GR. Adelpoller, daß seine Fraktion selbstverständlich die Zustimmung zu diesem Kapitel gebe. Er drückt allen Bediensteten der Städtischen Unternehmungen den Dank und die Anerkennung für ihre Arbeit aus (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Dkfm. Nathschläger beschäftigte sich in seinem Schlußwort zunächst mit dem Redner der Vo. Die Abschreibungen, die von den Unternehmungen eingesetzt sind, betonte der Referent, seien in diesem Ausmaß noch zu gering.

Zu den Anträgen der VO stellte er fest, wenn an die Verkehrsbetriebe von den E-Werken und den Gaswerken sowie zu einem kleinen Teil von der Bestattung nicht weniger als 202 Millionen Schilling abgeführt werden, könne man wohl der Meinung sein, daß eine Senkung der Strom- und Gastarife möglich ist. Auch Minister Dipl.Ing. Waldbrunner hat vor einigen Wochen beim Sozialistischen Frauentag erklärt, er denke in absehbarer Zeit an die Senkung der Stromtarife. Jedenfalls, so unterstrich Stadtrat Dkfm. Nathschläger, hängt eine Senkung der Stromtarife "irgendwie in der Luft". Diese müßte notwendigerweise auch eine Senkung des Gaspreises zur Folge haben. Der Referent schlägt vor, die Anträge der VO der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Zu den Ausführungen des GR. Maller führt Stadtrat Dkfm. Nathschläger weiter aus: Erdgas könne nicht in beliebiger Menge dem Stadtgas beigemischt werden, das ist nur bis zu 26 Prozent möglich. Daß das Leitungsnetz deswegen nicht entsprechend ausgebaut wurde, um Strom in verstärktem Maße zu exportieren und damit zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands beizutragen, sei wohl eine absurde und weithergeholte Argumentation. Es ist richtig, daß die Zuleitungen in vielen Häusern zu schwach sind. Das kommt jedoch daher, weil der Strombedarf auf das 6 bis 8fache gestiegen ist. Strahler und Heizgeräte wurden deshalb bisher nicht in die Geräteaktion einbezogen, weil eben der Anschluß von Heizöfen der Stromversorgung außerordentliche Schwierigkeiten bringen würde. Eine Konkurrenzierung zwischen E-Werk und Gaswerke besteht jedoch in Wien nicht. Die Umschaltung von Gleich- auf Drehstrom erfolgt einerseits nach einem Plan andererseits wird sie improvisiert durchgeführt, u.zw. dann, wenn anläßlich der Vergrößerung eines Betriebes die notwendigen Umschaltungen vorgenommen werden.

Zu den Bemerkungen des Redners der VO über den Wagenpark der Verkehrsbetriebe sagt Stadtrat Dkfm. Nathschläger, daß die Zahl der betriebstauglichen Wagen von 1952 bis 1953 deswegen gesunken sei, weil in diesem Zeitpunkt 72 Stadtbahnwaggons zum Umbau aus dem Verkehr gezogen waren. Die Umschaltung der Beleuchtung auf Leuchtstoffröhren rentiere sich nur dann, wenn der gesamte Wagenkasten eines Wagens generalrepariert wird.

Zu den Vorwürfen wegen der erst versprochenen und dann nicht gelieferten Großraumwagen, sagte der Referent, er habe diese Äußerung nach besten Wissen und Gewissen gemacht und auf Grund der Zusagen der Lieferfirmen.

Daß die Lieferfirmen die Zusagen nicht eingehalten haben, dafür könne er nicht verantwortlich gemacht werden.

Wegen der Forderung des zweiten Stadtbahnringes wurde bereits mit dem Bund Fühlung genommen. Die Schnellbahnlinie von Meidling über Hauptzollamt - Nordbahnhof nach Floridsdorf wird in zwei bis drei Jahren fertig sein.

Die Autobusverbindung zwischen Mauer und Liesing war schon für Dezember geplant, doch muß bis zur Fertigstellung eines Kanalbaues zugewartet werden, da die Strecke dadurch augenblicklich nicht befahren werden kann.

Die Gründe, warum der Forderung nach einer Lehrlingsermäßigung auf der Straßenbahn nicht stattgegeben wurde, wurden schon wiederholt dargelegt. Die Lehrlinge können zu ihrer Fahrt in die Arbeit ja die Wochenkarte benützen. Sie können mit ihr auch gegen Vorweis der Schülerkarte in die Fortbildungsschulen fahren. Lehrlinge, die keine Wochenkarte benützen, erhalten zum Besuch der Fortbildungsschule ermäßigte Schülerstreckenkarten zum Preis von 5 Schilling monatlich. Die Folge der Gewährung einer Lehrlingswochenkarte wäre, daß diese auch von den Hochschülern und schließlich Angehörigen schlecht entlohnter Berufsgruppen, wie Kurzarbeitern, gefordert würde. Die Annahme der Forderung nach einer Lehrlingswochenkarte würde eine jährliche Mindereinnahme von 2,250.000 Schilling ergeben.

Den Antrag auf Einführung von Kurzstreckentarifen empfiehlt der Redner der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung im zuständigen Ausschuß zuzuweisen. Es soll dort objektiv darüber entschieden werden.

Die von GR. Schwaiger aufgezeigten und als unrecht bezeichneten Belastungen der Wiener Stadtwerke sind vorhanden. Es müssen Versuche unternommen werden, sie wenigstens zu reduzieren. Wenn man Gebrauchsgebühren abführt, dann muß man sie aus Überschüssen abführen können, aber nicht aus jenen Mitteln, die von den Unternehmen unbedingt gebraucht werden.

Daß die Geräteaktion den Gaswerken große Mittel aus den Kassenbeständen wegnimmt, ist selbstverständlich. Es wäre auch hier angebracht, diese Lasten nicht den Unternehmungen allein aufzubürden und gewisse Erleichterungen zu schaffen.

GR. Schwaiger hat auch die Gas- und Stromtarife als zu hoch bezeichnet und festgestellt, daß sie wegen der Beitragsleistung an die Verkehrsbetriebe so hoch sind. Es ist nun die Frage, ob man dieses Solidaritätsprinzip, das 2,5 Millionen Schilling jährlich kostet, auf die Dauer aufrecht erhalten kann und soll.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger stellt fest, daß die Realisierung der U-Bahn nicht mehr aufzuhalten sei. Er freue sich darüber, daß nun auch die SPÖ zu dieser Ansicht gekommen ist, die sie in vergangenen Jahren nicht hatte. (Zwischenruf bei der SPÖ: weil es damals unzeitgemäß war. GR. Jacobi: Wir reden eben erst davon, wenn wir sie bauen können.) Auch das Ausland baue in großem Maße U-Bahnen. Die Wiener Fachleute sind der Meinung, daß man auch in Wien am Bau einer U-Bahn nicht vorbeigehen könne. Die Verkehrsbetriebe würden sie schon deswegen begrüßen, weil der Betrieb einer U-Bahn wesentlich billiger kommt als der einer Straßenbahn. So kostet der Wagenkilometer auf der Straßenbahn ungefähr 6,5 Schilling, einschließlich Amortisierung, auf der Stadtbahn aber nur 3,5 Schilling. Die Enquete über Verkehrsfragen wird sich auch mit dem Bau einer U-Bahn beschäftigen. Der Redner stellt fest, daß es trotz der verschiedenen Auffassungen letzten Endes doch zur Verwirklichung des Planes kommen wird.

Der Stadtrat begrüßt es, daß nunmehr auch die Mehrheitspartei des Gemeinderates die Aufnahme von Krediten in Erwägung zieht. Die städtischen Unternehmungen brauchen Kredite, insbesondere für die Ausgestaltung der elektrischen Leitungsnetze und für die volle Ausnutzung der Kapazität der Waggonfabriken, um der Wiener Bevölkerung einerseits genügend Strom und andererseits bessere und modernere Fahrbetriebsmittel zur Verfügung stellen zu können.

Der Referent dankt abschließend den Debatterednern für die sachliche Kritik und empfiehlt die Ansätze seiner Geschäftsgruppe zur Annahme.

Bei der Abstimmung werden die Bilanzen 1953 sowie die Wirtschaftspläne 1955 der städtischen Unternehmungen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP genehmigt.

Die drei Anträge des Gemeinderates Maller auf Verbilligung der Strom- und Gastarife für Haushalte werden ebenso wie ein weiterer Antrag auf Wiedereinführung des Kurzstreckentarifes bei der Straßenbahn der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Der fünfte Antrag des GR. Maller auf Einführung verbilligter Lehrlings-Wochenkarten wird abgelehnt.

Die Schlußansprache des Bürgermeisters

Bürgermeister Jonas hält hierauf folgende Schlußansprache:

"In ernstesten und sorgfältigen Beratungen hat der neugewählte Wiener Gemeinderat den Haushaltsplan für das erste Jahr seiner neuen Funktionsperiode beschlossen. Er ist getragen vom Geist des sozialen Verantwortungsbewußtseins, mit dem wir unserer Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen haben. Dieser Haushaltsplan sichert die Mittel für die Fortsetzung des kommunalen Wirkens und weist der Gemeindeverwaltung den Weg, den sie im kommenden Jahre zu gehen hat.

Ich empfinde es als eine Pflicht, von dieser Stelle aus allen zu danken, die zur Gesetzwerdung des Voranschlages 1955 beigetragen haben.

Naturgemäß lag die Hauptlast dieser Arbeit beim Finanzreferenten dieser Stadt, Herrn Stadtrat Resch. Ich sage ihm und allen übrigen Herren Stadträten, die den Voranschlag für ihre besonderen Verwaltungsgebiete zu referieren hatten, aufrichtigen Dank. Gleichen Dank verdienen **aber** auch Sie, meine sehr geehrten Frauen und Herren des Gemeinderates, für den sachlichen Ernst und die gründliche Sorgfalt, die Sie bei Ihren Beratungen zu Tage legten. Die dabei vorgebrachten Anregungen und Kritiken enthielten vieles Positive, sodaß sie belebend und befruchtend auf die Gemeindeverwaltung einwirken werden.

An den sachlichen Vorarbeiten für das Budget 1955 waren maßgeblich auch die Herren Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Kontrollamtsdirektor Dr. Leppa, Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder, Amtsrat Riedl und Rechnungsamtsdirektor Giller beteiligt; für die Stadtwerke der Generaldirektor Frankowski und die Direktoren der einzelnen Unternehmen. Ihnen und allen ihren vielen Mitarbeitern zolle ich Anerkennung und Dank. In diesen Dank sind selbstverständlich auch die Stenographen, die Vertreter der

Presse, wie auch die Beamten der Pressestelle und des Präsidialbüros eingeschlossen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich bin weiters der Zustimmung des Gemeinderates sicher, wenn ich beim Abschluß dieser Voranschlagsberatungen mit besonderer Wärme der gesamten Wiener Bevölkerung gedenke, ohne deren Fleiß und Verständnis das schwierige Werk des Wiederaufbaus unserer zerstörten Stadt niemals gelungen wäre. (Erneuter allgemeiner Beifall.)

Dieser kommunale Wiederaufbau kann im wesentlichen als abgeschlossen bezeichnet werden. Inner sichtbar aber drängen nun auf allen Verwaltungsgebieten neue Probleme in den Vordergrund, die gelöst werden müssen, damit unsere Stadt Unterlassungen der Vergangenheit aufholen und mit der modernen Entwicklung Schritt halten kann. Zur Mitarbeit an diesen Aufgaben rufe ich alle unsere Mitbürger auf.

Mit dem Voranschlag 1955 sind die Voraussetzungen zu geordneter Weiterarbeit geschaffen und die kommunalen Aufgaben des kommenden Jahres klar umrissen.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Frauen und Herren des Wiener Gemeinderates, und allen Wienerinnen und Wienern ein glückliches Weihnachtsfest und die möglichste Erfüllung Ihrer liebsten Erwartungen im neuen Jahr!

Dabei gedenken wir bewegten Herzens namentlich unserer ärmsten Mitbürger, nämlich jener, die noch immer als Gefangene in fremden Lande festgehalten sind. Wir entbieten ihnen auch heuer wieder die Grüße ihrer Vaterstadt in der Hoffnung, sie endlich - nun schon fast zehn Jahre nach dem Krieg - in der Heimat begrüßen zu können (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Schluß der Sitzung: 14.35 Uhr.

- - -

Diplomfeier in der Schwesternschule Lainz

=====

22. Dezember (RK) In diesen Tagen fand in der Krankenpflegerinnenschule Lainz in der Jagdschloßgasse die Diplomfeier für den 3. Jahrgang der Krankenpflegerinnenschule statt. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger überreichte nach einer kurzen Ansprache den neuen Schwestern die Diplome und wünschte ihnen für ihren schweren aber auch schönen Beruf viel Erfolg und Freude. An der Feier nahmen der städtische Personalreferent Stadtrat Dr. Migsch und Stadtrat Mandl teil. Anschließend an die Diplomüberreichung fanden sich die Schwestern mit den Stadtvätern zu einer kleinen Weihnachtsfeier zusammen.

- - -